

UTE VOGT

INFORMIERT



Nr. 2

SPD

März 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

mit unserem Landesparteitag am 11. März sind nun alle Weichen für den Wahlkampf gestellt. Wir sind stark am Start. Es wird wieder politisch diskutiert. Die SPD wächst und wir sind endlich wieder die mitgliederstärkste Partei. Das ist aber auch eine Verantwortung für uns „Altgediente“. „Die SPD hatte keinen Biss“, erzählte mir gestern ein Neumitglied von ihrer Erfahrung aus einer Veranstaltung im Landtagswahlkampf. „Jetzt bin ich eingetreten, weil ich merke, jetzt ist der Schwung wieder da“, sagte mir die neue Genossin. Mit diesem Schwung wollen wir Wahlkampf machen und für eine neue Regierung jenseits der Großen Koalition sorgen. Es sind ja gerade auch viele junge Frauen und Männer, die sich wieder politisch engagieren. Nicht alleine in der SPD, sondern auch in vielen guten Initiativen.

Zum Beispiel die Bewegung „Pulse of Europe“, die bisher in 34 Städten regelmäßig für Europa und gegen Nationalismus die Menschen auf die Straße bringt. Bei uns in Stuttgart trifft ihr sie sonntags um 14:00 Uhr auf dem Schlossplatz. Verstärkung ist erwünscht und willkommen! Oder kommunal zum Beispiel die Initiative „Stadtlücken“. Junge Frauen und Männer, die mit offenen Augen durch Stuttgart gehen und Ideen präsentieren, wie lieblose und vernachlässigte Orte, zum Beispiel der „Österreichische Platz“, mit echtem Stadtleben erfüllt werden können. Mehr dazu findet ihr hier unten. Eine Unterstützung will ich sehr empfehlen.

Nutzt also auch den Bürgerhaushalt, er ist eine sozialdemokratische Initiative und kann dem grün-schwarz dominierten Rathaus bessere und sozialere Impulse geben, wenn genügend von uns mitmachen.

Herzliche Grüße,

Alleinerziehende besser unterstützen

Mit der Reform des Unterhaltsvorschlusses soll für Alleinerziehende und ihre Kinder ein weiterer Meilenstein erreicht werden. Zahlt der andere Elternteil keinen Unterhalt, schießt der Staat Geld vor. Bisher bezahlte der Fiskus Unterhaltsvorschuss für Kinder bis zum zwölften Lebensjahr – und zwar maximal sechs Jahre lang. Das soll sich künftig ändern. Bis zum 18. Geburtstag bekommt ein Kind künftig staatliche Hilfe und das Ganze ohne Begrenzung. Die Reform verursacht Kosten in Millionenhöhe bei Bund, Land und Kommunen und führt zu erheblichem Personalbedarf. Deshalb ist es gut, dass der Bund seine Beteiligung an der Finanzierung auf 40 Prozent erhöht, sodass knapp 120.000 Kinder von der Ausweitung des Unterhaltsvorschlusses profitieren werden.

Mit der Erweiterung des Unterhaltsvorschlusses wollen wir verhindern, dass der ausbleibende Unterhalt für Alleinerziehende und ihre Kinder zur Armutsfalle wird.

→ [Mehr zum Thema auf spdfraktion.de](http://spdfraktion.de)

→ [Mehr zum Thema auf bmfsfj.de](http://bmfsfj.de)



Für mehr Recht auf Stadt!

In meinem Gespräch mit „Stadtlücken e.V.“ wurde ich auf Baulücken und ungenutzten Raum in Stuttgart aufmerksam gemacht. Der gemeinnützige Verein aus jungen Architekt*innen, Gestalter*innen und Stadtplaner*innen möchte diese Plätze wieder mit Leben füllen und sinnvoll nutzen. Wer sich ebenfalls für ein lebenswerteres Stuttgart einsetzen will, kann sich dafür → [am Stuttgarter Bürgerhaushalt beteiligen.](#)

Heil- und Hilfsmittelversorgungsgesetz

Die Zahl älterer, chronisch- und mehrfachkranker Menschen wird immer größer. Deshalb haben wir im Bundestag das Gesetz zur Stärkung der Heil- und Hilfsmittelversorgung beschlossen. Unser Ziel ist es, eine gute und zeitgemäße Versorgung sicherzustellen. Wir haben zahlreiche Änderungen zum Wohle der Patientinnen und Patienten durchgesetzt, so zum Beispiel eine bessere Versorgung mit Rollatoren, Inkontinenzhilfen oder Wundmitteln. Zudem wird die Ausnahmeregelung für einen Leistungsanspruch auf Brillengläser für Versicherte, die eine schwere Sehbeeinträchtigung haben, erweitert.

Auf der einen Seite soll eine bessere Versorgung von chronischen und schwer heilenden Wunden gewährleistet sowie eine angemessene Vergütung für die Leistungserbringer auf der anderen Seite garantiert werden. So konnten wir durchsetzen, dass steigende Vergütungen für Heilmittelleistungen zukünftig auch den angestellten Therapeutinnen und Therapeuten zu

Gute kommen können. Wir stellen Transparenz über die tatsächlich gezahlten Tarif-

löhne und Arbeitsentgelte her.

Wir brauchen in der Versorgung mit Hilfsmitteln mehr Qualität und mehr Bewusstsein für die individuellen Bedürfnisse. Wirtschaftlichkeit darf nicht der einzige Maßstab sein. Deshalb ist das Heil- und Hilfsmittelgesetz ein Meilenstein in der Hilfsmittelversorgung.

→ [Mehr zum Thema](#)



Auf dem Landesparteitag in Schwäbisch-Gmünd mit Michael Jantzer - Foto: SPD-BW/Benjamin Stollenberg

Bürgeranliegen

Erdogan und die Türkei, Volksbegehren und Volksentscheide sowie die Altersversorgung im Landtag und das Waffenrecht waren Themen, zu denen seit dem letzten Newsletter E-Mails bei mir eingegangen sind. Weitere Anliegen waren die Situation der Hebammen, bundesweit und in Stuttgart, und das Programm Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen - FIM. Erreicht haben mich zudem Anregungen für unser Wahlprogramm, so zum Beispiel die Einführung der Finanztransaktionssteuer und Vergütungen von Aufsichtsräten. In Bezug auf die Bundestagswahl gab es große Zustimmung für unseren Kanzlerkandidaten Martin Schulz und seine klare Haltung.

Leistungsgerecht entlohnen

Vorstands- und Managergehälter haben sich so weit von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt, dass Top-Manager inzwischen mehr als das 50-fache des Durchschnittsgehalts ihrer Mitarbeiter verdienen.

Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir wieder für Maß und Mitte bei der Vergütung von Managern und Vorständen sorgen. Wir müssen endlich die unsägliche Praxis abstellen, dass überhöhte Gehälter von der Steuer absetzbar sind und letzten Endes der Allgemeinheit zur Last fallen.

Deshalb fordern wir, Vorstandsbezüge bis maximal 500.000 Euro steuerlich abzugsfähig zu machen. Darüber hinaus müssten Unternehmen dann die Kosten voll tragen. Entsprechendes gilt für Ruhegelder von Vorständen, sobald sie die Beitragsbemessungsgrenze der allgemeinen Rentenversicherung übersteigen.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass Boni und höchste Altersbezüge auch dann noch gezahlt werden, wenn das Unternehmen aufgrund von Fehlentscheidungen in schlechter Verfassung ist. Noch in dieser Legislaturperiode wollen wir exzessiven Gehältern und Zusatzleistungen für Managern einen Riegel vorzuschieben! Jetzt liegt es an der Union zu zeigen, wie ernst es ihr damit ist, für eine gerechte Vergütung zu sorgen.

→ [Mehr zum Thema](#)



Mein Team in Stuttgart:

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 - 5188 90 10
Fax: 0711 - 5188 90 20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de

Mein Team in Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 72894
Fax: 030 - 227 76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de

